Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/2435

22. 12. 78

Sachgebiet 8

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu der Vereinbarung vom 21. Juni 1978 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika zur Durchführung des Abkommens vom 7. Januar 1976 über Soziale Sicherheit

A. Zielsetzung

Durch die Vereinbarung soll die Durchführung des deutsch-amerikanischen Abkommens über Soziale Sicherheit vom 7. Januar 1976 durch die zuständigen Stellen in beiden Vertragsstaaten geregelt werden.

B. Lösung

Das Abkommen enthält insbesondere Bestimmungen über die gegenseitige Amtshilfe der deutschen und amerikanischen Stellen, die gegenseitige Übermittlung von Angaben, z. B. über Versicherungszeiten, das Antragsverfahren, das Verfahren bei Zahlungen durch einen Versicherungsträger in den anderen Vertragsstaat, Einzelheiten des Vollstreckungsverfahrens im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates und die Zustellung von Bescheiden durch die Versicherungsträger an Personen im anderen Vertragsstaat. Die Vereinbarung gibt den beiderseitigen Verbindungsstellen und einzelnen Trägern der Rentenversicherung die Möglichkeit, die im Rahmen ihrer Zuständigkeit notwendigen Verwaltungsmaßnahmen unter Beteiligung der zuständigen Behörden zu vereinbaren

C. Alternativen

keine

D. Kosten

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht unmittelbar mit Kosten belastet.

Druck: Bundesdruckerei Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2 (Bad Godesberg), Telefon (0 22 21) 36 35 51

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
14 (43) — 806 06 — So 91/78

Bonn, den 22. Dezember 1978

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu der Vereinbarung vom 21. Juni 1978 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika zur Durchführung des Abkommens vom 7. Januar 1976 über Soziale Sicherheit mit Begründung.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Wortlaut der Vereinbarung in deutscher und englischer Sprache und eine Denkschrift zur Vereinbarung sind beigefügt.

Federführend ist der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

Der Bundesrat hat in seiner 468. Sitzung am 21. Dezember 1978 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Schmidt

Entwurf eines Gesetzes zu der Vereinbarung vom 21. Juni 1978 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika zur Durchführung des Abkommens vom 7. Januar 1976 über Soziale Sicherheit

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Der in Washington am 21. Juni 1978 unterzeichneten Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika zur Durchführung des Abkommens vom 7. Januar 1976 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika über Soziale Sicherheit wird zugestimmt. Die Vereinbarung wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem die Vereinbarung nach ihrem Artikel 18 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf die Vereinbarung findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da sie sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da durch das Vertragsgesetz in Verbindung mit der Vereinbarung das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden geregelt wird.

Zu Artikel 2

Die Vereinbarung soll auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem die Vereinbarung nach ihrem Artikel 18 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht unmittelbar mit Kosten belastet.

Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens vom 7. Januar 1976 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika über Soziale Sicherheit

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika —

in Anwendung des Artikels 16 Absatz 1 des Abkommens vom 7. Januar 1976 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika über Soziale Sicherheit, im folgenden als „Abkommen" bezeichnet —

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Für die Anwendung dieser Vereinbarung haben die in der Vereinbarung verwendeten Ausdrücke dieselbe Bedeutung wie im Abkommen.

Artikel 2

Die nach Artikel 16 Absatz 2 des Abkommens eingerichteten Verbindungsstellen und die in Artikel 3 Satz 2 dieser Vereinbarung genannten zuständigen Träger vereinbaren gemeinsam unter Beteiligung der zuständigen Behörden einheitliche Verwaltungsmaßnahmen, Verfahren und Vordrucke für die Durchführung des Abkommens. Artikel 16 Absatz 1 des Abkommens bleibt unberührt.

Artikel 3

Soweit die deutschen Rechtsvorschriften es nicht bereits vorschreiben, ist innerhalb der Rentenversicherung der Arbeiter die für diese eingerichtete Verbindungsstelle für die Feststellung und Gewährung der Geldleistungen mit Ausnahme der medizinischen, berufsfördernden und ergänzenden Leistungen zur Rehabilitation zuständig, wenn

(a) Versicherungszeiten nach den deutschen und amerikanischen Rechtsvorschriften zurückgelegt oder anrechnungsfähig sind
oder

(b) der Berechtigte sich im Hoheitsgebiet der Vereinigten Staaten von Amerika gewöhnlich aufhält
oder

(c) der Berechtigte sich als amerikanischer Staatsangehöriger gewöhnlich außerhalb der Hoheitsgebiete der Vertragsstaaten aufhält.

Die Zuständigkeit der deutschen Sonderanstalten bleibt unberührt.

Administrative Agreement for the Implementation of the Agreement between the Federal Republic of Germany and the United States of America on Social Security of January 7, 1976

The Government of the Federal Republic of Germany

and

the Government of the United States of America,

In application of Article 16.1 of the Agreement between the Federal Republic of Germany and the United States of America on Social Security of January 7, 1976, hereinafter referred to as the "Agreement",

Have agreed as follows:

Article 1

For the purposes of the application of this Administrative Agreement, terms used in the Administrative Agreement shall have the meaning they have in the Agreement.

Article 2

The liaison agencies established under Article 16.2 of the Agreement and the Competent Agencies referred to in the second sentence of Article 3 of this Administrative Agreement with the participation of the Competent Authorities shall agree jointly upon uniform administrative measures, procedures, and forms for the implementation of the Agreement. The provisions of Article 16.1 of the Agreement shall not be affected.

Article 3

Where German laws do not already make provision to this effect, the liaison agency designated for the Wage Earners' Pension Insurance System shall be responsible within the scope of that system for the determination and award of cash benefits, with the exception of medical, occupational, and supplementary rehabilitation benefits, provided that:

(a) periods of coverage have been completed or are creditable under German and United States laws;
or

(b) the person eligible ordinarily resides in the territory of the United States of America;
or

(c) the person eligible is a United States national ordinarily residing outside the territories of both Contracting States.

The jurisdiction of the German special institutions ("Sonderanstalten") shall not be affected.

Artikel 4

1. Der Träger des Vertragsstaates, dessen Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht für eine Person nach Artikel 6 des Abkommens weiterhin gelten, erteilt der Person oder ihrem Arbeitgeber hierüber auf Antrag eine Bescheinigung.

(a) In der Bundesrepublik Deutschland stellt der Träger der Krankenversicherung, an den die Beiträge zur Rentenversicherung abgeführt werden, diese Bescheinigung aus.

(b) In den Vereinigten Staaten von Amerika stellt die Sozialversicherungsverwaltung die Bescheinigung aus.

2. Zum Nachweis, daß eine Person von den Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht eines Vertragsstaates befreit ist, ist es erforderlich, daß sie oder ihr Arbeitgeber die in Absatz 1 genannte Bescheinigung vorlegt, in der bestätigt wird, daß sie den Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht des anderen Vertragsstaates unterliegt.

3. Artikel 6 Absatz 2 des Abkommens findet Anwendung auf eine Person, die im Rahmen eines bereits bestehenden Beschäftigungsverhältnisses aus dem Hoheitsgebiet eines Vertragsstaates in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates entsandt wird, wenn die Entsendung nicht auf Dauer vorgesehen ist und dieses sich aus einem Vertrag oder einer schriftlichen Mitteilung des Arbeitgebers ergibt. Sind die amerikanischen Rechtsvorschriften über die Pflichtversicherung nach Artikel 6 Absatz 2 des Abkommens anzuwenden, ohne daß nach den amerikanischen Rechtsvorschriften eine Bestimmung für Beiträge in bezug auf diese Versicherung besteht, so gilt Artikel 6 Absatz 1 des Abkommens.

4. (a) Bei der Entscheidung über die Befreiung von den Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht eines Vertragsstaates nach Artikel 6 Absatz 3 Buchstabe c Nummer 2 oder Artikel 6 Absatz 5 des Abkommens ist auf die Art und Umstände der Beschäftigung Bedacht zu nehmen. Vor der Entscheidung ist der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaates Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben; diese erstreckt sich insbesondere auch auf die Unterstellung der Person und ihres Arbeitgebers unter die Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht des anderen Vertragsstaates.

(b) In bezug auf die Bundesrepublik Deutschland gilt die Person, die nicht in ihrem Hoheitsgebiet beschäftigt ist, als an dem Ort beschäftigt, an dem sie zuletzt vorher beschäftigt war. War sie vorher nicht im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt, so gilt sie als an dem Ort beschäftigt, an dem die deutsche zuständige Behörde ihren Sitz hat.

(c) Die Buchstaben a und b gelten für selbständig Erwerbstätige entsprechend.

Artikel 5

1. Für die Anrechnung von Einkommen in jedem Jahr während der nach den deutschen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten durch den amerikanischen Träger nach Artikel 9 Nummer 3 des Abkommens gelten die für das betreffende Jahr nach den amerikanischen Rechtsvorschriften maßgebenden Bemessungsgrenzen.

2. Bei Anwendung des Abkommens berücksichtigt der amerikanische Träger deutsche Versicherungszeiten vor 1937 sowie das auf diese Versicherungszeiten entfallende Einkommen nach seinen Rechtsvorschriften.

3. (a) Bei der Feststellung des Anspruchs auf Geldleistungen nach Artikel 7 Absatz 1 des Abkommens rechnet der amerikanische Träger eine Versicherungszeit von

Article 4

1. The Agency of the Contracting State to whose laws on compulsory coverage a person will remain subject in accordance with Article 6 of the Agreement shall issue to the person or his employer a certificate to that effect when requested to do so by the person or his employer.

(a) In the Federal Republic of Germany that certificate shall be issued by the sickness insurance agency to which pension insurance contributions are paid.

(b) In the United States of America the certificate shall be issued by the Social Security Administration.

2. In order to prove that a person is exempt from the laws on compulsory coverage of one Contracting State, it shall be necessary for the person or his employer to present the certificate referred to in paragraph 1 confirming that the person is subject to the laws on compulsory coverage of the other Contracting State.

3. Article 6.2 of the Agreement shall apply to a person if he is transferred from the territory of one Contracting State to the territory of the other Contracting State within the context of a preexisting employment relationship, and the transfer is not expected to be permanent as evidenced by a contract or a written notice from the employer. In cases where the United States laws on compulsory coverage apply in accordance with Article 6.2 of the Agreement, but there is no provision under United States laws for contributions with respect to such coverage, Article 6.1 of the Agreement shall apply.

4. (a) In making a determination concerning an exemption from the laws on compulsory coverage of one Contracting State pursuant to Article 6.3 (c) (2) or Article 6.5 of the Agreement, the nature and circumstances of the employment shall be taken into consideration. Before making the determination, the Competent Authority of the other Contracting State shall be given an opportunity to express an opinion; the opinion shall in particular address the issue of whether the person concerned and his employer will be made subject to the laws on compulsory coverage of the other Contracting State.

(b) With regard to the Federal Republic of Germany, if the person is not employed in its territory he shall be deemed to be employed at the place of his last previous employment. If the person was not employed previously in that territory, he shall be deemed to be employed at the place where the German Competent Authority has its seat.

(c) Subparagraphs (a) and (b) shall also apply to self-employed persons.

Article 5

1. The crediting of earnings in any year by the United States Agency under Article 9.3 of the Agreement for periods of coverage creditable under German laws shall be subject to the maximum creditable earnings limitation under United States laws for such year.

2. In applying the Agreement, the United States Agency shall take account of German periods of coverage occurring before 1937 or earnings based on such periods of coverage in accordance with United States laws.

3. (a) In determining eligibility for cash benefits under Article 7.1 of the Agreement, the United States Agency shall credit one quarter of coverage for every three

einem Vierteljahr für eine Versicherungszeit von je drei Monaten, die von dem deutschen zuständigen Träger als anrechnungsfähig bestätigt werden, insoweit an, als diese nicht mit Kalendervierteljahren zusammenfallen, die bereits als Versicherungsvierteljahre nach den amerikanischen Rechtsvorschriften angerechnet worden sind. Die Gesamtzahl von vier anrechenbaren Vierteljahren in einem Jahr darf nicht überschritten werden.

(b) Bei der Feststellung des Anspruchs auf eine Geldleistung und Sachleistung nach Artikel 7 Absatz 1 des Abkommens rechnet der deutsche zuständige Träger eine Versicherungszeit von drei Monaten für jedes Versicherungsvierteljahr, das von dem amerikanischen Träger als anrechnungsfähig bestätigt wird, insoweit an, als die Monate in jedem Versicherungsvierteljahr nicht mit Versicherungszeiten zusammenfallen, die bereits nach den deutschen Rechtsvorschriften als solche angerechnet worden sind.

4. Im Falle des Artikels 7 Absatz 3 des Abkommens berücksichtigt der amerikanische Träger deutsche Versicherungszeiten, die weniger als die Mindestversicherungszeit nach Artikel 7 Absatz 2 des Abkommens betragen, nur, wenn die Person ohne Berücksichtigung solcher Versicherungszeiten keinen Anspruch auf eine Rente nach den amerikanischen Rechtsvorschriften hat.

5. Artikel 9 Nummer 2 des Abkommens gilt nur, wenn bei Anwendung des Artikels 7 Absatz 1 des Abkommens Anspruch auf eine Rente nach den amerikanischen Rechtsvorschriften besteht.

6. Versicherungszeiten, die nach dem nach den amerikanischen Rechtsvorschriften maßgebenden Stichtag für die Berechnung liegen, werden bei Bestimmung des Verhältnisses nach Artikel 9 Nummer 1 des Abkommens nicht berücksichtigt.

7. Wird der theoretische Leistungsgrundbetrag auf Grund einer in Paragraph 215 Buchstabe a des amerikanischen Gesetzes über Soziale Sicherheit enthaltenen oder als darin enthalten geltenden Leistungstabelle bestimmt, so wird ein anteiliger Leistungsgrundbetrag, der keinem Betrag in Spalte IV der Tabelle entspricht, auf den nächstliegenden Leistungsgrundbetrag in dieser Spalte gerundet oder, wenn der anteilige Leistungsgrundbetrag geringer als der Mindestleistungsgrundbetrag ist, auf einen darunter liegenden Leistungsgrundbetrag nach Maßgabe einer Spalte mit Beträgen bis hinab zu $ 1.00 einschließlich Zwischenstufen, die von der amerikanischen zuständigen Behörde festzulegen sind.

Artikel 6

1. Eine Rente, die von dem amerikanischen zuständigen Träger nach Teil II des Abkommens gewährt wird, wird zur Berücksichtigung weiterer nach den amerikanischen Rechtsvorschriften zurückgelegter Versicherungszeiten von Amts wegen neu berechnet. Eine Rente, die von dem amerikanischen zuständigen Träger nach Teil II des Abkommens gewährt wird, wird zur Berücksichtigung weiterer nach den deutschen Rechtsvorschriften zurückgelegter Versicherungszeiten auf Antrag neu berechnet. Diese Neuberechnung erfolgt in der gleichen Weise wie eine von Amts wegen nach den amerikanischen Rechtsvorschriften vorzunehmende Neuberechnung. Der amerikanische zuständige Träger berechnet die Rente auf Grund des Versicherungskontos neu, wenn

(a) durch zusätzliches Einkommen der theoretische Leistungsgrundbetrag, auf dem die laufende Rente beruht, erhöht wird
und

(b) der Gesamtbetrag der Rente, der von dem amerikanischen zuständigen Träger nach der Neuberechnung

months of coverage certified as creditable by the German Competent Agency to the extent that the months do not coincide with calendar quarters already credited as quarters of coverage under United States laws. The total number of quarters of coverage to be credited for a year shall not exceed four.

(b) In determining eligibility for cash benefits and benefits-in-kind under Article 7.1 of the Agreement, the German Competent Agency shall credit three months of coverage for each quarter of coverage certified as creditable by the United States Agency to the extent that the months in any such quarter of coverage do not coincide with periods of coverage already credited as periods of coverage under German laws.

4. Regarding Article 7.3 of the Agreement, the United States Agency shall consider German periods of coverage which are less than the minimum required by Article 7.2 of the Agreement only if the person is not eligible for a benefit under United States laws without considering such periods of coverage.

5. Article 9.2 of the Agreement shall only apply in cases where eligibility for a benefit under United States laws exists by applying Article 7.1 of the Agreement.

6. Periods of coverage after the computation closing date provided in United States laws shall not be considered in determining the ratio referred to in Article 9.1 of the Agreement.

7. In cases where the theoretical primary insurance amount is determined by reference to the table of benefits contained in section 215 (a) of the United States Social Security Act or deemed to be contained in such section, a pro rata primary insurance amount which is not equal to one contained in column IV of that table may be rounded to the nearest primary insurance amount appearing in such column or, if the pro rata primary insurance amount is less than the minimum primary insurance amount in such column, to a primary insurance amount as set forth in a column of amounts below the minimum primary insurance amount down to the amount of $ 1.00 in increments to be determined by the United States Competent Authority.

Article 6

1. Benefits awarded by the United States Competent Agency under the provisions of Part II of the Agreement shall be recomputed on its own motion to take into account additional periods of coverage completed under the laws of the United States of America. Benefits awarded by the United States Competent Agency under the provisions of Part II of the Agreement shall be recomputed upon application to take into account additional periods of coverage credited under German laws. Such a recomputation shall be made in the same manner as an automatic recomputation in accordance with the laws of the United States of America. The United States Competent Agency shall recompute benefits based on an earnings record if:

(a) the additional earnings increase the theoretical primary insurance amount on which the current benefit is based,
and

(b) the total amount of the benefits payable by the United States Competent Agency based on the earn-

auf Grund des Versicherungskontos zu zahlen ist, höher ist als der ohne die Neuberechnung zu zahlende Betrag.

Diese Neuberechnung sowie eine Erhöhung der Rentenbeträge erfolgen nicht vor Ablauf des Kalenderjahres, in dem die weiteren Versicherungszeiten zurückgelegt worden sind.

2. Hat eine Person bereits gegen den amerikanischen zuständigen Träger einen Anspruch auf eine Rente nach Teil II des Abkommens und erfüllt sie danach die Voraussetzungen für die Gewährung eines höheren Rentenbetrags ohne Anwendung des Teils II des Abkommens durch diesen Träger, so wird der höhere Rentenbetrag ab dem Zeitpunkt der Erfüllung der Voraussetzungen gezahlt.

Artikel 7

1. Ein Antrag auf Geldleistungen nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaates gilt, wenn der Antrag erkennen läßt, daß auch Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates geltend gemacht werden, auch als Antrag auf Geldleistungen nach den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates. Artikel 14 Absatz 2 des Abkommens bleibt unberührt.

2. Bei der Anwendung des Artikels 15 des Abkommens bleiben weitergehende Erfordernisse des innerstaatlichen Rechts über den Schutz der Geheimhaltung und Vertraulichkeit personenbezogener Daten unberührt.

Artikel 8

1. Bei Anwendung des Artikels 14 des Abkommens sind Anträge, Rechtsbehelfe, Erklärungen und Urkunden, die zur Begründung eines Anspruchs erforderlich sind, von dem zuständigen Träger eines Vertragsstaates, bei dem sie eingereicht worden sind, unverzüglich an die Verbindungsstelle des anderen Vertragsstaates zu leiten.

2. Bei Anwendung des Artikels 9 des Abkommens gilt folgendes:

(a) Der deutsche zuständige Träger übermittelt dem amerikanischen zuständigen Träger auf dessen Anforderung das versicherungspflichtige Einkommen in jedem Jahr während der nach den deutschen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten zusammen mit einer Aufstellung über die Versicherungszeiten nach Monaten, für die Beiträge geleistet worden sind. Die Ermittlung des Jahreseinkommens durch den zuständigen deutschen Träger erfolgt auf der Grundlage der während der Versicherungszeiten in dem betreffenden Jahr gezahlten Beiträge.

(b) Der amerikanische zuständige Träger legt für die nach den deutschen Rechtsvorschriften anrechenbaren Ersatzzeiten das vom deutschen zuständigen Träger nach Anforderung bestätigte Einkommen zugrunde, das aus dem jeweils in Betracht kommenden durchschnittlichen Bruttojahresarbeitsentgelt aller Versicherten der Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten ermittelt worden ist.

(c) Ausfallzeiten nach den deutschen Rechtsvorschriften bleiben unberücksichtigt.

3. In Übereinstimmung mit Verfahren, die nach Artikel 2 zu vereinbaren sind, übermitteln die dort genannten Träger für die Durchführung des Abkommens und der Rechtsvorschriften nach Artikel 2 Absatz 1 des Abkommens einander verfügbare Informationen und Kopien von Urkunden, die sich auf den Anspruch einer bestimmten Person beziehen.

ings record after the recomputation is more than the total payable without the recomputation.

Such recomputation shall not be processed or increase benefit amounts until after the close of the calendar year in which the additional periods of coverage are completed.

2. When an individual is already entitled to a benefit from the United States Competent Agency under Part II of the Agreement and subsequently meets the requirements for receipt of a higher benefit amount from the United States Competent Agency without recourse to Part II of the Agreement, the higher benefit amount shall become payable from the date that the requirements are met.

Article 7

1. An application for cash benefits under the laws of one Contracting State shall also be treated as an application for cash benefits under the laws of the other Contracting State if the application indicates that periods of coverage under the laws of the other Contracting State are also alleged. Article 14.2 of the Agreement shall remain unaffected.

2. In the application of Article 15 of the Agreement, additional requirements under national statutes for the protection of privacy and confidentiality of personal data shall remain unaffected.

Article 8

1. In the application of Article 14 of the Agreement, applications, appeals, statements, and documents necessary to establish eligibility shall be forwarded without delay by the Competent Agency of a Contracting State to which they have been presented to the liaison agency of the other Contracting State.

2. In the application of Article 9 of the Agreement the following shall apply:

(a) The German Competent Agency shall notify the United States Competent Agency upon its request of the amount of the person's covered earnings in any year during which periods of coverage were completed under German laws, together with a list of the months in the periods of coverage for which contributions were made. The amounts of earnings in a year to be reported by the German Competent Agency shall be derived from the contributions paid during periods of coverage in such year.

(b) For substitute periods (Ersatzzeiten) creditable under German laws, the United States Competent Agency shall take into account earnings which, upon request of the United States Competent Agency, have been certified by the German Competent Agency and which have been determined based on the average gross annual earnings for the year in question of all persons who are covered under the Wage Earners' Pension Insurance System and the Salaried Employees' Pension Insurance System.

(c) Excused periods (Ausfallzeiten) under German laws shall not be considered.

3. In accordance with procedures to be agreed upon pursuant to Article 2, the agencies referred to in Article 2 shall furnish each other available information or copies of documents relating to the claim of any specified individual for the purpose of administering the Agreement or the laws specified in Article 2.1 of the Agreement.

4. Jeder Träger behält die endgültige Entscheidung über den Beweiswert der ihm vorgelegten Beweisurkunden ohne Rücksicht auf ihre Herkunft. Artikel 12 Absatz 2 des Abkommens bleibt unberührt.

5. Die Verbindungsstellen der beiden Vertragsstaaten tauschen für jedes Kalenderjahr in einer zu vereinbarenden Form Statistiken über die an auf Grund des Abkommens berechtigte Personen geleisteten Zahlungen aus. Die Angaben erstrecken sich auf Zahl und Gesamtbetrag der nach Rentenarten gegliederten Renten und Abfindungen.

4. Each Agency shall be the final judge of the probative value of documentary evidence presented to it from whatever source. Article 12.2 of the Agreement shall not be affected by this provision.

5. The liaison agencies of the two Contracting States shall exchange statistics on the payments made to beneficiaries under the Agreement for each calendar year in a form to be agreed upon. The data shall include the number and total amount of benefits and commuted lump-sum payments, by type of benefit.

Artikel 9

Geldleistungen werden von dem Träger eines Vertragsstaates an Empfänger im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates ohne Einschaltung einer Verbindungsstelle dieses Vertragsstaates ausgezahlt.

Article 9

The Agency of a Contracting State shall pay any cash benefits due to beneficiaries in the territory of the other Contracting State without recourse to a liaison agency of the other Contracting State.

Artikel 10

1. Wird um Amtshilfe nach Artikel 10 des Abkommens ersucht, so werden die Kosten, mit Ausnahme der Portokosten und der laufenden Personal- und Verwaltungskosten der zuständigen Behörden, Träger und Verbände von Trägern, die die Amtshilfe leisten, erstattet.

2. Fordert der Träger eines Vertragsstaates, daß der Antragsteller oder der Berechtigte sich einer ärztlichen Untersuchung unterzieht, so wird diese auf Ersuchen dieses Trägers auf seine Kosten durch den Träger des anderen Vertragsstaates, in dem der Antragsteller oder der Berechtigte sich aufhält, veranlaßt.

3. Der Träger eines Vertragsstaates übermittelt der Verbindungsstelle des anderen Vertragsstaates auf deren Ersuchen kostenlos die in seinen Besitz gelangenden ärztlichen Angaben und Unterlagen, die sich auf die Erwerbsunfähigkeit des Antragstellers oder des Berechtigten beziehen.

Article 10

1. Where administrative assistance is requested under Article 10 of the Agreement, expenses, other than postage and regular personnel and operating costs of the Competent Authorities, Agencies, and associations of the Agencies providing the assistance shall be reimbursed.

2. Where the Agency of a Contracting State requires that a claimant or beneficiary submit to a medical examination, such examination, if requested by that Agency, shall be arranged by the Agency of the other Contracting State in which the claimant or beneficiary resides at the expense of the Agency which requests the examination.

3. The Agency of either Contracting State shall furnish to the liaison agency of the other Contracting State at its request and without expense any medical information and documentation relevant to the disability of the claimant or beneficiary which may come into its possession.

Artikel 11

Im Falle des Artikels 11 Absatz 2 des Abkommens muß die Ausfertigung der Entscheidung und des Bescheides von einer zuständigen Stelle mit der Bestätigung ihrer Vollstreckbarkeit nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates versehen werden, in dessen Hoheitsgebiet die Bestätigung erteilt worden ist.

Article 11

For the purpose of Article 11.2 of the Agreement, the text of the decision or ruling must contain a certification by a body competent to issue such a certification testifying to its enforceability under the laws of the Contracting State in whose territory the certification was issued.

Artikel 12

Im Falle des Artikels 13 Absatz 1 des Abkommens bleiben Rechtsvorschriften über die Zuziehung von Dolmetschern unberührt. Bescheide, amtliche Mitteilungen oder sonstige Schriftstücke können einer Person, die sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates aufhält, unmittelbar durch eingeschriebenen Brief zugestellt werden.

Article 12

For the purpose of Article 13.1 of the Agreement, laws governing the recourse to interpreters shall not be affected. Rulings, official notifications, or other documents may be transmitted directly to a person resident in the territory of the other Contracting State by registered letter.

Artikel 13

Hat ein Träger eines Vertragsstaates an einen Träger des anderen Vertragsstaates Zahlungen vorzunehmen, so sind diese in der Währung des anderen Vertragsstaates zu leisten.

Article 13

Where an Agency of one Contracting State is required to make payments to an Agency of the other Contracting State, such payments shall be made in the currency of the other Contracting State.

Artikel 14

Die Einbehaltung von Geldleistungen nach Artikel 18 des Abkommens richtet sich nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, dessen Träger die Geldleistungen einbehalten soll.

Article 14

The withholding of cash benefits in accordance with Article 18 of the Agreement shall be governed by the laws of the Contracting State whose agency is to withhold the cash benefits.

Artikel 15

Die Verwendung von Informationen über eine Person, die auf Grund des Abkommens von einem Vertragsstaat an den anderen weitergegeben werden, richtet sich nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht über den Schutz der Geheimhaltung und Vertraulichkeit personenbezogener Daten.

Article 15

The use of information furnished under the Agreement by one Contracting State to another with regard to an individual shall be governed by the respective national statutes for the protection of privacy and confidentiality of personal data.

Article 16

1. (a) Personen, die Verfolgte im Sinne des deutschen Bundesgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (BEG) sind, amerikanische Staatsangehörige sind und sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet der Vereinigten Staaten von Amerika aufhalten, können nach Maßgabe der am 19. Oktober 1972 in Kraft getretenen Bestimmungen des Artikels 2 Paragraph 51 a Absätze 2 und 3 des deutschen Arbeiterrentenversicherungs-Neuregelungsgesetzes (ArVNG) und des Artikels 2 Paragraph 49 a Absätze 2 und 3 des deutschen Angestelltenversicherungs-Neuregelungsgesetzes (AnVNG) für die Zeit vom 1. Januar 1956 bis zum 31. Dezember 1973 auf Antrag freiwillige Beiträge zur deutschen Rentenversicherung nachentrichten. Diese Personen gelten als zur freiwilligen Versicherung in der deutschen Rentenversicherung berechtigt, als wären sie deutsche Staatsangehörige.

(b) Der Antrag nach Buchstabe a kann wirksam innerhalb eines Jahres nach dem in Artikel 18 Satz 1 dieser Vereinbarung bezeichneten Tag gestellt werden. Er ist bei dem deutschen zuständigen Träger, an den der letzte Beitrag entrichtet wurde, oder, wenn der letzte Beitrag zur knappschaftlichen Rentenversicherung entrichtet wurde, bei der Verbindungsstelle der Rentenversicherung der Angestellten zu stellen.

(c) Die Beiträge sind unmittelbar an den unter Buchstabe b bezeichneten Träger zu zahlen, bei dem der Antrag gestellt wurde.

(d) Die Beiträge können von dem betreffenden Träger in Teilzahlungen bis zu einem Zeitraum von drei Jahren entgegengenommen werden. Die Beiträge können höchstens bis zur deutschen Beitragsbemessungsgrenze für Monatsbezüge des Jahres 1973 entrichtet werden. Bei der Errechnung der für die Versicherten maßgebenden deutschen Rentenbemessungsgrundlage sind die Werte des Jahres 1973 zugrunde zu legen.

(e) Der Eintritt des Versicherungsfalles nach den deutschen Rechtsvorschriften in der Zeit zwischen dem 18. Oktober 1972 und dem in Artikel 18 Satz 1 dieser Vereinbarung bezeichneten Tag steht der Beitragsentrichtung nicht entgegen.

(f) Für die Anwendung der Bestimmungen dieses Absatzes gelten im übrigen die am 19. Oktober 1972 in Kraft getretenen deutschen übergangsrechtlichen Rechtsvorschriften.

2. (a) Personen, die Verfolgte im Sinne des deutschen Bundesgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (BEG) sind, amerikanische Staatsangehörige sind und sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet der Vereinigten Staaten von Amerika aufhalten, können nach Maßgabe der Paragraphen 10 und 10 a des deutschen Gesetzes zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in der Sozialversicherung (WGSVG) auf Antrag Beiträge zur deutschen Rentenversicherung nachentrichten.

(b) Der Antrag nach Buchstabe a kann wirksam innerhalb eines Jahres nach dem in Artikel 18 Satz 1 dieser Vereinbarung bezeichneten Tag gestellt werden.

Article 16

1. (a) Pursuant to the provisions of Article 2, paragraph 51 a, subparagraphs 2 and 3 of the German Wage Earners' Pension Insurance (Reform) Act (ArVNG) and of Article 2, paragraph 49 a, subparagraphs 2 and 3 of the German Salaried Employees' Pension Insurance (Reform) Act (AnVNG), all of which entered into force on October 19, 1972, persons who are persecutees within the meaning of the German Federal Act concerning Compensation for Victims of National Socialist Persecution (BEG), who are United States nationals and who ordinarily reside in the territory of the United States of America may upon application pay retroactive voluntary contributions to the German pension insurance system for the period from January 1, 1956, through December 31, 1973. Such persons shall be deemed to be eligible for voluntary insurance under the German pension insurance system as if they were German nationals.

(b) An application under paragraph (a) of this section may be validly filed within one year after the date specified in the first sentence of Article 18 of this Administrative Agreement. Such an application shall be filed with the German Competent Agency to which the person's last contribution was paid or, if the last contribution was paid to the Miners' Pension Insurance system, with the liaison agency of the Salaried Employees' Pension Insurance system.

(c) The contributions shall be paid directly to the Agency specified in paragraph (b) with which the application was filed.

(d) The contributions may be accepted by the agency concerned in installments over a period of up to three years. Such contributions may be made only up to the German contribution assessment ceiling for monthly earnings of the year 1973. The calculation of the German benefit computation base applicable to the insured persons shall be based on the figures for 1973.

(e) Events relevant to eligibility for a benefit under German laws which arise in the period between October 18, 1972, and the date specified in the first sentence of Article 18 of this Administrative Agreement shall not preclude payment of the contributions.

(f) The application of the provisions of this section shall in all other respects be subject to the German transitional laws which entered into force on October 19, 1972.

2. (a) Pursuant to the provisions of Section 10 and Section 10 a of the German Act concerning Compensation in Social Insurance for Victims of National Socialist Injustice (WGSVG), persons who are persecutees within the meaning of the German Federal Act concerning Compensation for Victims of National Socialist Persecution (BEG), who are United States nationals and who ordinarily reside in the territory of the United States of America may upon application pay retroactive contributions to the German pension insurance system.

(b) An application under paragraph (a) of this section may be validly filed within one year after the date specified in the first sentence of Article 18 of this Administrative Agreement.

(c) Bei Anwendung der unter Buchstabe a bezeichneten Bestimmungen sind für die geforderte Versicherungszeit von 60 Kalendermonaten Versicherungszeiten nach den amerikanischen Rechtsvorschriften ebenso wie Versicherungszeiten nach den deutschen Rechtsvorschriften zu berücksichtigen.

(d) Der Eintritt des Versicherungsfalles nach den deutschen Rechtsvorschriften vor Ablauf der ersten zwölf Monate nach dem in Artikel 18 Satz 1 dieser Vereinbarung bezeichneten Tag steht der Beitragsentrichtung nicht entgegen.

(e) Ist eine unter Buchstabe a bezeichnete Person vor dem in Artikel 18 Satz 1 dieser Vereinbarung bezeichneten Tag gestorben, so gelten Paragraph 10 Absatz 3 und Paragraph 10 a Absatz 3 des deutschen Gesetzes zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in der Sozialversicherung (WGSVG) entsprechend.

(f) Absatz 1 Buchstabe d gilt.

(c) In applying the provisions specified in paragraph (a) of this section, periods of coverage under United States laws shall be taken into account to the same extent as periods of coverage under German laws for the required period of coverage of 60 calendar months.

(d) Events relevant to eligibility for a benefit under German laws which arise before the end of the first twelve months after the date specified in the first sentence of Article 18 of this Administrative Agreement shall not preclude payment of the contributions.

(e) If a person specified in paragraph (a) of this section has died before the date specified in the first sentence of Article 18 of this Administrative Agreement, Section 10 subsection 3 and Section 10 a subsection 3 of the German Act concerning Compensation in Social Insurance for Victims of National Socialist Injustice (WGSVG) shall apply accordingly.

(f) Paragraph (d) of section (1) of this Article shall also apply to this section.

Artikel 17

Diese Vereinbarung gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten der Vereinbarung eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Article 17

This Administrative Agreement shall also apply to Land Berlin, provided that the Government of the Federal Republic of Germany does not make a contrary declaration to the Government of the United States of America within three months after the date of entry into force of this Administrative Agreement.

Artikel 18

Diese Vereinbarung tritt an dem Tag in Kraft, an dem beide Regierungen einander mitgeteilt haben, daß die nach innerstaatlichem Recht für ihr Inkrafttreten erforderlichen Voraussetzungen vorliegen. Sie ist von dem Tage des Inkrafttretens des Abkommens an anzuwenden.

Article 18

This Administrative Agreement shall enter into force on the date on which both Governments will have informed each other that the steps necessary under their national statutes to enable the Administrative Agreement to take effect have been taken. It shall be effective from the date of entry into force of the Agreement.

GESCHEHEN zu Washington am 21. Juni 1978 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

DONE at Washington on June 21, 1978, in duplicate in the German and English languages, both texts being equally authentic.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
For the Government of the Federal Republic of Germany
B. von Staden

Für die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika
For the Government of the United States of America
Joseph A. Califano Jr.

Denkschrift zur Vereinbarung

Die Durchführungsvereinbarung enthält die zur Anwendung des Abkommens (BGBl. 1976 II S. 1357 ff.) erforderlichen Bestimmungen, die vor allem technischer Art sind; das Abkommen ist noch nicht in Kraft getreten.

Insbesondere werden nach Artikel 2 die Verbindungsstellen und einzelne Träger der Rentenversicherung ermächtigt, die im Rahmen ihrer Zuständigkeit notwendigen Verwaltungsmaßnahmen unter Beteiligung der zuständigen Behörden zu treffen.

Artikel 3 regelt die Zuständigkeit für die Leistungsfeststellung durch die Verbindungsstelle für die Rentenversicherung der Arbeiter.

Artikel 4 regelt die Erteilung von Bescheinigungen vor allem für in den anderen Vertragsstaat entsandte Arbeitnehmer über die Fortgeltung der Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht des Entsendestaates. Ferner ergänzt die Bestimmung die Regelung des Artikels 6 Abs. 5 des Abkommens über eine Befreiung von den Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht eines Vertragsstaates.

Artikel 5 enthält vor allem in Ergänzung zu Artikel 9 des Abkommens und zur näheren Koordinierung mit dem innerstaatlichen amerikanischen Recht Bestimmungen für die Berechnung der auf Grund des Abkommens zu gewährenden Renten aus der amerikanischen Rentenversicherung. Ferner ist ergänzend zu Artikel 7 des Abkommens geregelt, in welchem Ausmaß Versicherungszeiten nach den deutschen Rechtsvorschriften, die für die Erfüllung der Wartezeit auf eine Rente nach den amerikanischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigen sind, anrechnungsfähig sind und umgekehrt.

Artikel 6 enthält eine Bestimmung über die Neuberechnung von auf Grund des Abkommens gewährten Renten aus der amerikanischen Rentenversicherung, wenn weitere Versicherungszeiten nach den amerikanischen oder deutschen Rechtsvorschriften zurückgelegt worden sind.

Die Artikel 7 und 8 enthalten insbesondere Bestimmungen für die Antragstellung, Weiterleitung und Behandlung von Anträgen, Urkunden und dergleichen durch die Versicherungsträger. Ferner regelt Artikel 8 die Übermittlung von Angaben wie Versicherungszeiten und diesen zugrunde liegende Einkommen durch die deutschen Versicherungsträger an amerikanische Versicherungsträger für die Berechnung der Rente durch den amerikanischen Versicherungsträger nach Artikel 9 des Abkommens.

Die Artikel 9 bis 15 enthalten insbesondere Bestimmungen über das Verfahren bei Zahlungen durch einen Versicherungsträger in den anderen Vertragsstaat, über die gegenseitige Amtshilfe der deutschen und amerikanischen Stellen, das Vollstreckungsverfahren im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates, die Zustellung von Bescheiden durch die Versicherungsträger an Personen im anderen Vertragsstaat, den Schutz der Geheimhaltung und die Vertraulichkeit personenbezogener Daten.

Artikel 16 enthält für Verfolgte des nationalsozialistischen Regimes, die amerikanische Staatsangehörige sind und sich gewöhnlich in den USA aufhalten, eine Regelung zur Nachentrichtung von Beiträgen in der deutschen Rentenversicherung. Die erforderlichen Anträge sind innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten der Vereinbarung zu stellen.

Artikel 17 enthält die übliche Berlin-Klausel.

Artikel 18 regelt das Inkrafttreten der Durchführungsvereinbarung und legt den Zeitpunkt der Anwendung der Durchführungsvereinbarung auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Abkommens fest.

Bn 812193 12.78